

junge Welt

Lächelnd in den Krieg

Jamie Shea als Gastredner bei der Heinrich-Böll-Stiftung: Das rhetorische Maschinengewehr der NATO sucht mit dem Grünen-Politiker Jürgen Trittin eine neue Vision für die Militärallianz. Schwerpunkt Seite 3



Gegründet 1947 · Freitag, 6. März 2009 · Nr. 55 · 1,20 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

www.jungewelt.de

Exportmeister

Die Waffenschmiede Heckler & Koch ist das tödlichste deutsche Unternehmen. Interview mit Jürgen Grässlin

2

Todesbilanz

Deutsche Flüchtlingspolitik ist mörderisch: Antirassistische Initiative veröffentlicht Dokumentation

5

Geheimgesetz

Norstadt aus der Schublade: Erst jetzt gelangen Staatsstreichpläne aus der Bush-Ära in die Öffentlichkeit

6

Nazivergangenheit

Ein Buch über Hans Globke und die Folgen: Gespräch mit dem Antirassisten Reinhard Strecker

10

Tod von Staats wegen

Deutsche Flüchtlingspolitik ist mörderisch: Seit 1993 mindestens 375 Opfer. Antirassistische Initiative veröffentlicht Dokumentation mit skandalösen Einzelfällen. Von Ulla Jelpke

Die Antirassistische Initiative in Berlin hat die Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ auf dem neuesten Stand gebracht. In der 16. aktualisierten Auflage wird in Hand von rund fünftausend Einzelgeschissen aus dem Zeitraum von 1993 bis 2008 beschrieben, wie sich die Abschottungsmaßnahmen an den Grenzen und die rigide Flüchtlingspolitik Deutschlands auf die Betroffenen ausgewirkt haben.

Das Ergebnis: Durch staatliche Maßnahmen kamen nach den Recherchen der Initiative seit 1993 mindestens 375 Flüchtlinge ums Leben, durch rassistische Übergriffe und Brände in Sammelunterkünften starben 83 Menschen. Auf dem Weg in die Bundesrepublik oder an den Grenzen starben beim Versuch der Einreise in den letzten fünfzehn Jahren 175 Flüchtlinge, 480 Personen erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, 150 Menschen töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Ausweisung zu fliehen. 56 dieser Todesfälle betrafen Menschen in Abschiebehäft. Fünf Personen starben während der Abschiebung, 31 Flüchtlinge kamen danach in ihrem Herkunftsland ums Leben, 70 verschwanden spurlos, 67 Flüchtlinge starben bei Bränden oder Anschlägen auf ihre Unterkünfte, 15 wurden durch rassistische Angriffe auf der Straße getötet.

Nach offiziellen Angaben des Bundesinnenministeriums leiden 130.203 Menschen unter einem prekären Aufenthaltsstatus, vor allem der sogenannten Duldung. Die Betroffenen müssen mit einem staatlich verordneten Ausreisepressure leben. Die Dokumentation stellt fest: „Wer es nicht mehr aushält, taucht ab und versucht, als Papierflieger zu überleben.“ Papierlos – und somit der Will-

Foto: Antirassistische Initiative Berlin

Seit 1993 töteten sich 150 Menschen angesichts ihrer drohenden Ausweisung

kür und Denunziation völlig schutzlos ausgeliefert – sind, unterschiedlichen Schätzungen zufolge, bis zu einer Million Menschen. Ferner wird geschildert, daß auch die Anerkennung als Asylbewerber, die nur wenige Flüchtlinge bekommen, kein Leben ohne Furcht vor Abschiebung ermöglicht. 2008 ist 6.233 Personen durch Wiederaufnahmeverfahren der Asylstatus nachträglich wieder aberkannt worden. Derzeit werden 14.576 gültige Asylbescheide dahingehend überprüft. Die Auswirkungen: »Lange Perspektivelosigkeit und existenzielle Angst führen zu schweren Traumatisierungen bei den Flüchtlingen und ihren Familien«, so die Antirassistische

Initiative Berlin. Wie jedes Jahr werden in der Dokumentation neue skandalöse Einzelfälle von Behördenwillkür sowie bedrückende menschliche Schicksale geschildert. So wurde gegen einen zwanzigjährigen Kunden, der sich am 5. August 2008 in Abschiebehäft in der JVA Rotenburg in Selbstmordversuche anstreckte, wegen verurteilter schwerer Brandstiftung ermittelt. Nach notwendiger Versorgung wurde er unter Kontaktsperre weiter inhaftiert und drei Wochen später zwangsweise in die Türkei ausgeflogen. In Istanbul wurde der junge Mann sofort vier Stunden verhaftet und immer wieder geschlagen.

Ein anderer Flüchtling namens

Ashkali, der sich seit seinem zweiten Lebensjahr in Deutschland aufhielt, wurde am 1. Mai 2008 trotz eines Suizidversuchs und fortbestehender akuter Eigengefahr aus der Rheinischen Klinik Aßlar geholt und nach Pristina angefliegen. Am 19. Oktober 2008 holten die Behörden in NRW eine psychisch schwer angeschlagene Frau aus dem Krankenhaus Beckum und wollten sie mit ihrem Mann, aber getrennt von ihren drei minderjährigen Kindern abschieben.

Die vollständige Dokumentation umfasst zwei Hefte zum Gesamtpreis von 18 Euro.

♦ www.ari-berlin.org/doku/titel

Volles Insolvenzgeld auch bei Lohnverzicht

KASSEL. Bei der Pleite eines Unternehmens dürfen die Beschäftigten nicht dafür bestraft werden, daß sie ihre Arbeitsplätze zuvor per Lohnverzicht zu retten versucht haben. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom Mittwoch muß die Arbeitsagentur das Insolvenzgeld so berechnen, als hätte es nie einen Sanierungsartefaktvertrag gegeben. Allerdings muß dazu ein solcher Tarifvertrag von der Gewerkschaft angesichts der drohenden Insolvenz gekündigt werden (Az.: B 11 AL R/08 R).

(ddp/W)

Berlin: Linke stimmt gegen Senatsvorlage

BERLIN. Die SPD-Linke-Koalition im Land Berlin hat sich über die Mietpolitik zerstritten. Die Vertreter der Linken stimmten am Mittwoch im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses gegen das am Dienstag vom Senat einstimmig beschlossene Konzept von Mietobergrenzen für Sozialwohnungen. Dies berichtete die Berliner Morgenpost am Donnerstag. Das Konzept sieht eine »Kappungsgrenze« von 5,35 Euro je Quadratmeter für rund 6.200 Sozialwohnungen in vierzehn Großsiedlungen und die Subventionierung der dortigen Mieten in Landesmieten in Höhe von 3,46 Millionen Euro jährlich vor. Die Linke sieht zwei Bereiche aufgedeckt, vor allem eine Beihilfe für die Vermieter und will nun ein eigenes Konzept vorlegen. Die durchschnittlichen Mieten in Berliner Sozialwohnungen liegen, u. a. als Folge jahrzehntelanger Subventionspraxis, mit 5,40 Euro je Quadratmeter deutlich über denen des freien Marktes (4,75 Euro).

Kein Besuchervisum für Gazale Salame

Hildesheim: Flüchtlingsrat kämpft weiter um Zusammenleben kurdischer Familie

Die Bemühungen um ein Wieder-

zum 10. Februar die bestehende Wiedereinreiseperrne gegen Salame auf.

Der Flüchtlingsrat will sich unersch-

sechs und sieben Jahren mit ihren Familien vor dem libanesischen Bürgerkrieg nach Deutschland geflüht. Sie beka-

gen. Seit der Abschiebung im Februar

2005 wohnt Gazale Salame mit ihrer

NPD-Abgeordneter verkauft Schlagstöcke

SCHWEN. Der Schwäbischer NPD-Landtagsabgeordnete Birger Lüssow handelt über seine Internetfirma offenbar mit Schlä-